



Vier Nachhaltigkeitsstrategien im Vergleich - und was Hamburg von ihnen lernen kann

Die nachfolgende Übersicht vergleicht die

- *EU-Nachhaltigkeitsstrategie von 2006 (mit Fortschrittsbericht 2007)¹*
- *Nationale Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 (mit Fortschrittsbericht 2008)²*
- *Nachhaltigkeitsstrategie des Nachbarlandes Schleswig-Holstein von 2004³*
- *Agenda 21 Berlin von 2006⁴*

mit den Hamburger Ansätzen für eine Nachhaltigkeitsstrategie:

- *Monitor Wachsende Stadt Bericht 2007, Kapitel 4⁵*
- *HEINZ (Hamburger Entwicklungs-Indikatoren Zukunftsfähigkeit) des Zukunftsrats, Bericht 2008⁶*
- *(Leitbild 2009: Wachsen mit Weitsicht)*

Nach einer stichwortartigen Zusammenfassung des gemeinsamen Ausgangspunktes (I) werden die Strategien anhand folgender Themen einander gegenübergestellt (II):

- *Erarbeitungsprozess; staatlich-zivilgesellschaftlicher Dialog (1)*
- *Schwerpunktthemen, Oberziele, Handlungsfelder (2)*
- *Nachhaltigkeitsindikatoren (3)*
- *Quantitative Zielwerte, (Nachhaltigkeitsziele, Etappenziele) (4)*
- *Umsetzungsmaßnahmen zur Zielerreichung (5),*
- *Evaluierung, Fortschrittsberichte (6)*

Abschließend werden Schlussfolgerungen für eine Hamburger Nachhaltigkeitsstrategie gezogen (III).

¹ EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung (Europ. Rat 15.6.2006; DG I 10917/06); Fortschrittsbericht (KOM (2007) 642 vom 22.10.2007)

² Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (Presseamt BReg. 2002) Fortschrittsbericht Bundestags-Drucksache 16/10700 vom 30.10.2008

³ Nachhaltigkeitsstrategie zukunftsfähiges Schleswig-Holstein (Hrsg.: Ministerpräsidentin des Landes, Jan. 2004)

⁴ Agenda 21 Berlin (Abgeordnetenhaus Berlin; Drucksache 15/5221 vom 8.6.2006)

⁵ Bericht 2007 (Hrsg.: Statistikamt Nord, Senatskanzlei Hamburg; 2007)

⁶ www.zukunftsrat.de

Die gemeinsame Basis

1. „Nachhaltige Entwicklung“

Brundtland-Kommission 1987: = „eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeit künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“

- **Globales Ziel** (UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro) – „global denken – lokal handeln“
- **Generationengerechtigkeit** / Zukunftsorientierung

2. „Drei-Säulen-Modell“

Ziel ist eine tragfähige Balance zwischen **wirtschaftlicher Stabilität, ökologischer Tragfähigkeit und sozialem Ausgleich.**

Variationen: vierte Säule: Kultur / „good governance“ / Bürger-Partizipation
Gleichberechtigung der drei Säulen untereinander

Variationen: Ökologische Grenzen als Vorgaben für Wirtschaft und Soziales;
Wirtschaftliche Entwicklung als Voraussetzung für Umweltschutz und Soziales

3. „Konsultation“ Staat / Bürger

Partizipation / Dialog als Verfahren zur Konkretisierung einer nachhaltigen Entwicklung

Die unterschiedlichen Konkretisierungen

1. Erarbeitungsprozess; staatlich-zivilgesellschaftlicher Dialog

Je nach politischer Ebene (europäisch, national, Bundesland) sind die Erarbeitungsformen einer Nachhaltigkeitsstrategie naturgemäß unterschiedlich. Die Agenda 21 von Rio 1992 schreibt vor allem für die Kommunen, also auf der örtlichen Ebene, eine „Konsultation“ zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern vor. Die Aalborg-Charta von 1994, die Hamburg 1996 unterschrieb, verpflichtet die Unterzeichner-Städte ebenfalls dazu.

1.1 Europäische Union

Die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie wurde 2006 vom Europäischen Rat beschlossen, also von den Regierungschefs aller EU-Mitgliedsländer. Vorausgegangen war 2001 eine erste Strategie für nachhaltige Entwicklung. Sie wurde durch Beschlüsse auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 ergänzt und 2004-2005 durch die Europäische Kommission (die EU-Verwaltung in Brüssel) überprüft. Beiträge des Europäischen Par-

laments, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und anderer Institutionen gingen in Ziele und Grundsätze für eine Nachhaltigkeitsstrategie ein, die der Europäische Rat 2005 beschloss.

Unter diesen Zielen ist auch die Forderung nach „stärkerer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Entscheidungsfindung“, einer „besseren Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für nachhaltige Entwicklung“ und einer Intensivierung des sozialen Dialogs mit den Unternehmen und Sozialpartnern.

Eine direkte, offene Partizipation zivilgesellschaftlicher Verbände oder von EU-Bürgerinnen und –Bürger bei der Erarbeitung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie ist nicht dokumentiert. Die Strategie versteht sich eher als Appell und Anleitung für die Regierungen der Mitgliedsstaaten, die ihrerseits Beteiligungsprozesse organisieren sollen.

1.2 Deutschland

Die Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“ wurde 2002 von der Bundesregierung beschlossen. Vorbereitet wurde sie durch einen Staatssekretärsausschuss beim Kanzleramt (Kanzler Schröder), dem 12 Ministerien angehörten. Er griff u.a. zurück auf die Ergebnisse der Enquetekommission des Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ von 1998. Beteiligt an der Ausarbeitung der Strategie wurde zum einen der Rat für nachhaltige Entwicklung, der sich aus gesellschaftlichen Akteuren und Verbandsvertretern verschiedenster Gesellschaftsbereiche zusammensetzt. Zum anderen führte die Bundesregierung 2001 und 2002 zwei Internet-gestützte Dialoge und Chat-Angebote für interessierte Bürgerinnen und Bürgern durch – einen vor der Entwurfsfassung, einen danach. In direkten Konsultationsrunden wurden die Anregungen von Vertretern gesellschaftlicher Gruppen und der Wissenschaft aufgenommen. Schriftliche Stellungnahmen und eine thematische Begleitung durch den Rat für nachhaltige Entwicklung bereicherten die Mitwirkung aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich. Eingewirkt haben auch verschiedene parlamentarische Initiativen und Veranstaltungen aus dem Bundestag. Schließlich wurden auch die Bundesländer nach ihren Strategien und Erfahrungen befragt. (Die Strategie von 2002 erwähnt aus Hamburg das „Kursbuch Umwelt“ der damaligen Umweltbehörde und den Zukunftsrat Hamburg zur Förderung einer Lokalen Agenda 21.)

Die vielfältigen Beiträge, Stellungnahmen und Anregungen sind in der Nachhaltigkeitsstrategie in Bezug auf Autoren, Inhalte und Bewertungen ausführlich dokumentiert. Sie alle hatten ausschließlich beratenden Charakter. Es gab keine Entscheidungsstruktur, die der zivilgesellschaftlichen Mitwirkung einen bindenden Einfluss sicherte. Die Verantwortung trug allein die Bundesregierung. Bei der Vorbereitung des Fortschrittsberichts 2008 wurde jedoch sowohl dem Statistischen Bundesamt als auch dem Rat für nachhaltige Entwicklung Eigenverantwortung und das Recht einer eigenen Veröffentlichung übertragen.

Im Bundestag hat sich ein interfraktioneller Beirat für nachhaltige Entwicklung gebildet, der die Nachhaltigkeitsaktivitäten der Bundesregierung konstruktiv begleitet.

1.3 Schleswig-Holstein

Die Nachhaltigkeitsstrategie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ beruht auf einem Beschluss von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen im Koalitionsvertrag vom März 2000. Ein entsprechender Kabinettsbeschluss (Ministerpräsidentin Heide Simonis) folgte 8 Monate später. Er errichtete einen „Interministeriellen Arbeitskreis ‚Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein‘“ (I-MAK), dem unter Vorsitz der Senatskanzlei alle Ministerien angehörten.

Der Kabinettsbeschluss gab ein Verfahren in 3 Phasen vor:

In der ersten Phase entwickelte der IMAK ein Leitbild „zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ mit 3 Schwerpunkten und dazugehörigen Leitbildern. Das Ergebnis wurde 2002 in einem Zwischenbericht veröffentlicht.

In der zweiten („Kommunikations- und Dialog“-)Phase ging es um die Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen – Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen, Verbände. Dieser Dialog wurde durch 12 „Zukunftsfelder“ innerhalb der Schwerpunkte vorstrukturiert. Aus der Beteiligung entstanden 4 Querschnittsthemen, sie wurden in die Zukunftsfelder integriert. Für den Dialog zu den einzelnen Zukunftsfeldern war jeweils ein Ministerium federführend, für den Gesamtprozess das Umweltministerium verantwortlich. Der Prozess wurde von einem externen „Institut für Organisationskommunikation“ (IFOK) begleitet. Gegenstand des Dialogs waren Problemwahrnehmung, Perspektiven und konkrete Maßnahmen zur Zielerreichung. In den einzelnen Berichten zu den Zukunftsfeldern wird neben den inhaltlichen Ergebnissen auch der Dialogprozess selbst beschrieben. Die Dialogphase dauerte ein Jahr. In der dritten Phase erarbeitete der IMAK „Qualitätsziele“ für die Schwerpunktthemen, insgesamt 39 Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung und Vorschläge für die weitere Entscheidungsstruktur zur Umsetzung der Maßnahmenvorschläge. Zu letzterem sieht die Strategie eine Geschäftsstelle beim Umweltministerium vor, die ein Forum „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ mit Verbands- und Vereinsvertretern zur weiteren Begleitung der Nachhaltigkeitsstrategie einrichtet.

Insgesamt dauerte die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie (als Konzept) fast 4 Jahre.

1.4 Berlin

Die Lokale Agenda 21 Berlin wurde im Mai 2006 vom Abgeordnetenhaus mit der Koalitionsmehrheit aus SPD, Linkspartei und Grünen beschlossen und der Regierung zur Berücksichtigung und Umsetzung übermittelt. Inhaltlich gründet die Agenda 21 auf einem Entwurf des Agendaforums Berlin von 2004, der vom Abgeordnetenhaus allerdings nur zum Teil übernommen wurde.

Neben und nach verschiedenen Agenda 21-Initiativen auf Bezirksebene (Köpenick seit 1993) begann der aufwändige Partizipationsprozess für die Gesamtstadt mit einem Auftrag des Abgeordnetenhauses vom September 1999. Der bis dahin aktive „Runde Tisch“ wurde durch das Agendaforum – heute „Berlin 21 e.V.“ - abgelöst, das aus Vertretern der gesellschaftlichen Gruppen, Verwaltung und Politik bestand und den Entwurf von 2000 bis 2004 in einem komplexen Dialog entwickelte. Ehrenamtliche und Professionelle, Verbandsvertreter, Politiker, Verwaltungsbeamte und Bürger/innen mussten die Kooperation organisieren. Wesentliche inhaltliche Quellen der Agenda 21 waren die Berichte der Enquete-Kommissionen des Abgeordnetenhauses „Zukunftsfähiges Berlin“ (1998/99) und „Zukunftsfähiges Berlin / Lokale Agenda 21“ (2000/01). Ein erster Entwurf vom November 2002 wurde im Folgejahr breit diskutiert und im März 2004 verabschiedet. Der gesamte Prozess ging damit über 7 Jahre.

1.5 Hamburg

Sowohl der „Monitor wachsende Stadt“ (ab 2005) als auch das „Leitbild: Wachsen mit Weitsicht“ (2009) sind ausschließlich staatliche Produkte „von oben“. Inputs aus der Zivilgesellschaft – z.B. des Zukunftsrats zum Monitor Kap.4 – waren nicht offizieller Natur und nicht systematisch organisiert. Das frühere Leitbild: Metropole Hamburg – wachsende Stadt (ab 2002), dem auch der Monitor zugeordnet ist, hatte seinen Ursprung in einem Gutachten ei-

ner Unternehmensberatung. Es wurde in Internet-Foren zur Diskussion gestellt und kreativ konkretisiert.

Die Hamburger Entwicklungs-Indikatoren Zukunftsfähigkeit HEINZ wurden von einer kleinen Arbeitsgruppe des Zukunftsrats vorbereitet, dann 2002 in einem Experten-Workshop mit Staats- und Verbandsvertretern konkretisiert, seitdem nur von der Arbeitsgruppe weiterentwickelt.

1.6 Fazit

Auf der höchsten (EU-) und der Hamburger Ebene gab es bislang keinen staatlich-zivilgesellschaftlichen Dialogprozess zur Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie. Ganz anders auf nationaler und Länderebene. Die aufwändigen Beteiligungsorganisationen dort nahmen jeweils viel Zeit in Anspruch, besonders in Berlin und Schleswig-Holstein. Bei der nationalen Strategie stießen die knappen Fristen zur Beteiligung auf Kritik der zivilgesellschaftlichen Vertreter.

In Berlin wurden auch die Probleme der ungewohnten staatlich-gesellschaftlichen Kooperation dokumentiert. Die Bereitschaft der Staatsvertreter zur offenen Kommunikation und Berücksichtigung der gemeinsamen Ergebnisse musste ebenso eingefordert werden wie die Kompromissfähigkeit und Orientierung auf gemeinsame Ziele von Interessenvertretern. Ohne eine neutrale professionelle Moderation ist ein solcher Dialogprozess nicht zu leisten. Bei einem mehrjährigen Verfahren ist der Kostenaufwand dafür nicht unerheblich.

In Schleswig-Holstein wurde die Beteiligung durch einige inhaltliche Vorgaben (Schwerpunkte mit Leitbildern, Zukunftsfelder) beschränkt und auf Problembeschreibungen und Maßnahmen orientiert. Das Monitoring der Zielerreichung mit der Erarbeitung von Indikatoren blieb der staatlichen Seite vorbehalten.

Während es bei der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie um die Einholung zivilgesellschaftlicher Kompetenz, Beratung und Anregung ging, die die Regierung dann allein verarbeitete, stand in Berlin und Schleswig-Holstein der gemeinsame Dialog und ein gemeinsames Ergebnis im Vordergrund – allerdings ohne eine Garantie, dass Politik und Verwaltung sich an die gemeinsamen Beschlüsse halten.

2 Schwerpunktthemen, Oberziele, Handlungsfelder

Die meisten Nachhaltigkeitsstrategien benennen für ihren regionalen Geltungsbereich jeweils inhaltliche Schwerpunktbereiche „quer“ zu den 3 Säulen Wirtschaft, Umwelt, Soziales. Sie werden auch unterschiedlich als anzustrebende Ziele, zu bearbeitende Schwerpunktthemen oder deskriptiv-neutral als Politikbereiche formuliert.

2.1 Europäische Union

4 „Hauptziele“: Umweltschutz,
(= die 3 + 1 Säulen) Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt,
Wirtschaftlicher Wohlstand;
unserer internationalen Verantwortung nachkommen.

7 „Zentrale Herausforderungen“:

- Klimaänderung und saubere Energie;

- nachhaltiger Verkehr;
- nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion
- Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen;
- Gesundheit;
- Soziale Eingliederung, Demografie und Migration;
- globale Herausforderungen in Bezug auf Armut und nachhaltige Entwicklung

3 Bereichsübergreifende Themen:

- Allgemeine und berufliche Bildung
- Forschung und Entwicklung
- Finanzierungs- und Wirtschaftsinstrumente

2.2 Deutschland

2002	2008
„Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung“	
<ul style="list-style-type: none"> • Generationengerechtigkeit • Lebensqualität • Sozialer Zusammenhalt • Internationale Verantwortung 	
„Schwerpunktthemen“	„Schwerpunktthemen“
<ul style="list-style-type: none"> • schützen <ul style="list-style-type: none"> • Klima und Energie; • nachhaltige Rohstoffwirtschaft; • Demografischer Wandel – Chancen für 	<ul style="list-style-type: none"> • Energie effizient nutzen – Klima • Mobilität sichern – Umwelt schonen • Demografischen Wandel gestalten • stärkeren sozialen Zusammenhalt
<ul style="list-style-type: none"> • Gesund produzieren – gesund ernähren • Alte Strukturen verändern - neue Ideen entw. • Innovative Unternehmen – erfolgr. Wirtschaft • Flächeninanspruchnahme vermindern 	<ul style="list-style-type: none"> • Welternährung
	„einzelne weitere Politikfelder“
	<ul style="list-style-type: none"> • Nachhaltiger Verkehr • Nachh. Konsum, nachh. Produktion • nachhaltiges Wachstum • Erhaltung der nat. Ressourcen • Gesundheit • Soziale Eingliederung, Demografie und Migration • Globale Armut u. nachh. Entwicklung • Allgemeine und berufliche Bildung • Forschung und Entwicklung • (Finanzierung und Wirtschaftsinstrum.)

2.3 Schleswig-Holstein

3 Schwerpunkte: Arbeiten und Produzieren

Zusammen Leben

Das Land nutzen

12 Zukunftsfelder:

- Zukunftsfähige Technologie, Beispiel: marine Aquakultur
- Nachhaltige Gestaltung und Bewirtschaftung von Gewerbegebieten
- Familiengerechte Arbeitsstrukturen
- Demokratiekampagne – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Gewaltfreiheit der Gesellschaft
- Bürgergesellschaft
- Nachhaltige Stadtentwicklung
- Transparente Erzeugung gesunder Lebensmittel
- Potenziale einer multifunktionalen und nachhaltigen Landwirtschaft
- Effiziente und ressourcensparende Energiebedarfsdeckung
- Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr

2.4 Berlin**7 Handlungsfelder:**

- Das soziale Leben in der Stadt gestalten
- Engagement und Partizipation
- Verkehr / Mobilität
- Berlin in der märkischen Landschaft
- Energie- und Klimaschutzpolitik
- Wirtschaften und Arbeiten
- Bildung

2 Querschnittsaufgaben für alle Handlungsfelder:

- Geschlechtergerechtigkeit
- Verantwortung für die Eine Welt übernehmen

2.5 Hamburg**2.5.1 Monitor Wachsende Stadt, Kap.4 („Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit“)**

14 Ziele:

- Sicherung der „Grünen Metropole am Wasser“
- Ausreichende Flächenbereitstellung in nachhaltiger Flächenkonzeption
- Wirtschaftswachstum möglichst ohne zusätzliche Klimagase
- Förderung nachhaltiger Mobilität
- Abbau der Arbeitslosigkeit
- Verbesserung des Bildungsniveaus
- Förderung der Integration junger Migrantinnen und Migranten
- Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Verbesserung der Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben
- Verbesserung der öffentlichen Sicherheit
- Stärkung des nachhaltigen Wirtschaftens
- Verbesserung der Ressourcen-Effizienz
- Ausbau regenerativer Energien
- Verringerung der öffentlichen Schuldenlast

2.5.2 Hamburger Entwicklungs-Indikatoren Zukunftsfähigkeit (HEINZ)

Keine Schwerpunkte quer zum 3-Säulen-Modell, sondern

30 konkrete Nachhaltigkeits-Ziele:

Blickwinkel Wirtschaft

- Gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit
- Preisstabilität erhalten
- Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte
- Regionale Versorgung stärken
- Nord-Süd-Ausgleich durch fairen Handel von ökol. verträglichen Produkten fördern
- Ressourceneffizienz verbessern
- Herstellung nachhaltiger Produkte fördern
- Finanzierung von sozialen und ökologischen Investitionen fördern
- Leistungsfähigkeit von sozial- und umweltverträglichem Wirtschaften fördern
- Innovationsfähigkeit für nachhaltige Entwicklung stärken

Blickwinkel Umwelt

- Aufnahmefähigkeit der Erde nicht überfordern, Abfall reduzieren
- Luftverschmutzung auf gesundes Maß verringern

- Bodenflächen in ihrer natürlichen Funktion bewahren
- Wasser als Grundlage des Lebens erhalten und schonen
- Das Klima schützen
- Natur als Lebens- und Erholungsraum erhalten
- Menschen vor gesundheitsgefährdendem Lärm schützen
- Mobilität umweltgerecht gestalten
- Energieverbrauch aus (zumeist) nicht erneuerbaren Ressourcen senken und auf erneuerbare Träger lenken
- Arten schützen, Biodiversität erhalten

Blickwinkel Soziales

- Armut bekämpfen
- Bildung als Entwicklungsvoraussetzung fördern
- Gesundheitsniveau heben
- Öffentliche Sicherheit stärken
- Soziale Integration in der Stadt fördern
- Integration von Ausländerinnen und Ausländern fördern
- Gleichstellung von Mann und Frau fördern
- Ausgewogene Altersstruktur der Bevölkerung
- Globale Nachhaltigkeit, Nord-Süd-Ausgleich fördern
- Kultur fördern

2.5.3 (Leitbild*: Wachsen mit Weitsicht - Senat der FHH, Feb.2009

Vision: Wachsende Metropole der Talente, **der Nachhaltigkeit** und der Verantwortungsbereitschaft

* Das Leitbild ist keine Nachhaltigkeitsstrategie, soll diese aber umfassen

Ziele:

- *Internationale Metropole mit hoher Dynamik und Innovationskraft sowie kultureller Vielfalt*
- *Überdurchschnittliches nachhaltiges Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum sowie ökologische Qualität mit besonderem Fokus auf neuen wirtschaftlichen Stärken*
- *Hamburgs Talente und Hamburgs Magnetwirkung für Talente fördern*
- *Hamburg als gerechte und lebenswerte Stadt weiterentwickeln*

„Handlungsfelder“:

- *Steigerung der internationalen Attraktivität von Stadt und Region als „Metropole Hamburg“*
- *Förderung innovativer Wirtschaftsfelder und von Beschäftigungswachstum*
- *Bereitstellung moderner Infrastruktur und ausreichender Flächen aufgrund nachhaltiger Planung*
- *Förderung kreativer Potentiale in der Stadt*
- *Sicherung und Weiterentwicklung der Stadt als attraktives zukunftsfähiges Zuhause von und für die Einwohner mit besonderem Fokus auf Familienförderung und Integration*
- *Stärkung Bildung, Wissenschaft und Forschung in Hamburg)*

2.6 Fazit

Das Verhältnis der genannten Schwerpunkte und Unterziele zum (Nachhaltigkeits-)Ziel einer tragfähigen Balance zwischen den drei Säulen Wirtschaft, Umwelt und Soziales bleibt meist ungeklärt und wird oft nicht einmal thematisiert. Auch die Auswahlkriterien für die Schwerpunktbereiche bleiben unerwähnt.

Zahl, Abstraktionsgrad und Inhalte dieser Oberziele oder Schwerpunktsetzungen sind bei den einzelnen Nachhaltigkeitsstrategien deswegen sehr verschieden. Im Vergleich erscheinen sie zum Teil als Instrument, die eigenen Stärken der Region / der Strategie-Initiatoren herauszustellen, zum Teil als Spiegel von spezifischen Problemlagen und Nachhaltigkeitsdefiziten der betroffenen Region, zum Teil aber auch als eher beliebig. Themenauswahl und –bündelung kann jedenfalls nicht objektiv aus der (inter-)nationalen Fachdiskussion zur nachhaltigen Entwicklung abgeleitet werden. Sie unterliegt vielmehr den subjektiven Vorstellungen und Motivationen der Personen und Stellen, die die Nachhaltigkeitsstrategie erarbeiten. Dabei scheint eine Rolle zu spielen, ob die Nachhaltigkeitsstrategie allein von der Regierung / der Verwaltung oder im gleichberechtigten Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren beschlossen wurde.

3. Nachhaltigkeits-Indikatoren

Soll eine Nachhaltigkeitsstrategie über wohlfeile politische Absichtserklärungen hinausgehen, bedarf es einerseits möglichst konkreter operativer (Unter-)Ziele und andererseits eines Monitoringsystems, das die Erreichung oder Verfehlung der unter 1. genannten (oder weiter operationalisierten) Ziele erkennbar macht. Dies kann in qualitativen, bewertenden Erhebungen und Aussagen erfolgen (z.B. durch repräsentative Befragungen, in Nachhaltigkeitsberichten). Objektiver, genauer und überzeugender sind dagegen quantitative Indikatoren, die die Entwicklung bzw. Zielerreichung über eine Zeitspanne in Zahlen messen. Quellen für die Umsetzung solcher Indikatoren sind in erster Linie die statistischen Erhebungen der Statistischen Ämter, Verwaltungsbehörden, Verbände und Kammern.

Die Indikatoren sind d nachstehend *links* dargestellt. Die den Indikatoren zugeordneten Zielwerte in der rechten Spalte gehören zu Kapitel 4 und werden dort näher erläutert.

3.1 Europäische Union

Zu den 7 „zentralen Herausforderungen“ benennt die Strategie „Operative Ziele und Vorgaben“. Neben vielen qualitativen, schwer messbaren „operativen Zielen“ enthält die EU-Nachhaltigkeitsstrategie folgende quantitative Indikatoren . Sie werden allerdings nicht als Indikatoren bezeichnet. In Klammern : weitere Indikatoren aus dem Fortschrittsbericht 2007

Zielwerte (siehe

Kap.4)

Klima und Energie

- Menge der Treibhausgasemissionen -8 bis 2012 ggü.1990
- Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch / am Stromverbrauch 12 % / 21 % bis 2010
- Anteil der Biokraftstoffe an den gesamten Verkehrs-Kraftstoffen 5,75 % bis 2010
- Energie-Endverbrauch - 9 % (2008-2017)

Nachhaltiger Verkehr

- Verkehrsbedingter Energieverbrauch, Treibhausgasemissionen
- Anteil Straßenverkehr am Binnengüterverkehr; Personen-km pro Kfz; ihr Anteil am gesamten Binnen-Personenverkehr
- CO2 der Neufahrzeugflotte leichter Nutzfahrzeuge 140 / 120 g/km (2009/2012)
- Zahl der Verkehrstoten Halbierung (2010 ggü.2000)

Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion

- Marktanteil der EU-Umwelttechnik und -Innovationen an Weltmarkt
- Öffentliches Beschaffungswesen ökologisieren Durchschn. = bester (2010)
- Ressourcenproduktivität Materialintensität kg / €)
- (Anzahl Unternehmen mit EMAS-Zertifizierung)

Erhaltung und Bewirtschaftung der natürl. Ressourcen

- (Inlandsmaterialverbrauch)
- (Anteil bedrohter Fisch- / Vogel- /Tierarten)
- (Anteil der Länder, die die Zielvorgaben der Habitat-Richtlinie erreichen)

Gesundheit

- (Anteil der übergewichtigen / fettleibigen Männer und Frauen zwischen 25 und 34 J.)
- (Anteil der Raucher/innen)
- (Unterschiede in der Lebenserwartung sozialer Gruppen)

Soziale Eingliederung, Demografie und Migration

- Anzahl der von Armut (und sozialer Ausgrenzung) bedrohten Personen entscheid. Verringerung (2010)
- Beschäftigung von Frauen und von Migranten
- Anteile der Schulabbrecher / der Absolventen des Sekundarbereichs II 10 % / 85 % der 22-Jähr.
- Angebote von Arbeits- oder (Weiter-) bildungsstellen für arbeitslose Schulabgänger innerhalb von 6 Mon. Angebot für jeden

Globale Herausforderungen

- Anteil des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe 0,56 / 0,7 % (2010/2015)
- (Milleniumsziele: z.B. Anzahl der Menschen in Armut)
- (Anteil der Primarschulabsolventen an der Bevölkerung)

Forschung und Entwicklung

- (BIP-Anteil für FuE-Investitionen) 3 % (2010)

3.2 Deutschland

Die Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 orientieren sich an operationalisierten Unterthemen der 4 Elemente des „Leitbildes“, nicht an den inhaltlichen Schwer-

punkten. Mit dem Fortschrittsbericht 2008 wurden einige Indikatoren modifiziert und neue Zielwerte festgelegt (hier in Klammern wiedergegeben.)

	Ziel 2010	Ziel 2020
Generationengerechtigkeit		
	(siehe u.4.)	
• Ressourcenschonung: Energie- und Rohstoffproduktivität - Index 1990 /1994 = 100		200
• Klimaschutz: Emissionen der 6 Treibhausgase Kyoto-Protokolls - Index 1990=100	79	
• Erneuerbare Energien: Anteile e.E. am Primärenergie- / und Stromverbrauch	4,2 / 12,5	(10) (30)
• Flächeninanspruchnahme: Zunahme Siedlungs- und Verkehrsfläche in ha pro Tag		30 ha
• Artenvielfalt: Bestände ausgewählter Tierarten (neuer Index 1990 = 76)		100
• Staatsverschuldung: Staatsdefizit in % des BIP	0% (2006)	Überschuss
• Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge: Verhältnis Bruttoanlageinvestitionen zum BIP		
• Innovation: Private und öffentliche Ausgaben für FuE in Prozent des BIP	3 %	
• Bildung: Anteile Hochschulabsolventen der 25-J.	10 %	20 %
Anteil ohne Abschluss Sekundarbereich II der 25-.J (2008: der 18-24-Jährigen);	7,5 % (9 %)	4 % (4,5 %)
Studienanfängerquote	40 %	
Lebensqualität		
• Wirtschaftlicher Wohlstand: BIP pro Einwohner		
• Mobilität: Tonnen-/ Personen-Kilometer je 1000 Euro BIP - Index 1999=100	(98 / 90)	95 / 80
(2008: + Energieverbrauch je t- und Personen-km);		
Anteil Schienenverkehr (2008: und Binnenschifffahrt) an Güterverkehrsleistung		2015: 25% (Schiff:14%)
• Ernährung: Flächenanteil für ökologischen Landbau; Stickstoffüberschuss kg/ha	20% 80 kg	
• Luftqualität: Schadstoffbelastung der Luft - Index für mehrere Emissionsarten, 1990=100	30	
Gesundheit:		
• Vorzeitige Sterblichkeit, Todesfälle pro 100.000 Einwohner < 65 J. (2008: Männer / Frauen)		(2015: 190 / 115)
• Zufriedenheit mit der Gesundheit – (2008 aufgegeben.) (2008: Raucherquote (Befragung); (Anteil Erwachsener mit Adipositas)		(2015: <22 %)
• Kriminalität: Erfasste Fälle Wohnungseinbruchdiebstahl	-10 % (2015:100)	
Sozialer Zusammenhalt		
• Beschäftigung: Erwerbstätigenquote 15-64 J.	70 % (73%)	(75 %)
• Perspektive für Familien: Ganztagsbetreuungs- Versorgungsquote Krippe / Elementar / Hort;	30/30/30 %	(35/60/.%)
• Gleichberechtigung: Verhältnis Bruttojahres (2008: Std.-)Verdienste: Frauen als % von Männern	85 %	90 %
• Integration ausländischer Mitbürger: Anteil Ausländer		wie Deutsche

ohne Hauptschulabschluss
(2008: ...mit Haupt-, Real-, Gymnasialabschluss)

Internationale Verantwortung

- Entwicklungszusammenarbeit:
Anteil Entwicklungshilfe an BNP (2015:0,7 %)
- Märkte öffnen: Einfuhren der EU (2008: Deutschlands) aus Entwicklungsländern in Mrd. Euro

3.3 Schleswig-Holstein

Die Nachhaltigkeitsstrategie Schleswig-Holsteins enthält 39 übersichtlich mit Schwerpunkt, politischem Ziel, Definition u.a. dargestellte Indikatoren zu 22 operationalisierten Zielen.

	Zielwerte (s.u.4.)
Arbeit und Produzieren	
• Verhältnis Wachstumsrate von Produktion und Dienstleistung zur BRD-Rate	> BRD-Rate
• Anteil S-H an den 7 bundesweit am stärksten wachsenden Wirtschaftszweigen	wachs. Anteil
• Anzahl Patente je Einwohner S-H	Platz 1-5 in BRD
• Anteil der FuE-Beschäftigten an allen Beschäftigten S-H, im Verhältnis zum Bund	+5% bis 2010
• Arbeitslosenquoten im Bundesvergleich	Platz in BRD halten
• Erwerbstätigenquote	70 % bis 2010
• Ganztags-Betreuungsplätze und –Versorgungsgrad für Krippe, Kita, Hort	Angebotssteigerung
• Anteil Geschlecht / Teil-/ Vollzeitbeschäftigte an allen; Anteil Teilzeit aus persönlichen / familiären Gründen	Angleichung Geschlechter Verringerung Frauenanteil
• Anteil erwerbstätiger Frauen mit Kindern an allen Frauen mit Kindern	Anstieg
• Anteile an unterschiedlichen Schulabschlüssen;	Verringerung Schulabbrecher
• Anzahl Studienanfänger zu Hochschulabsolventen	Steigerung beider
• Verteilung von Schülern auf definierte Kompetenzstufen	(Leistungsverbesserung)
• Verteilung von Schülern auf definierte Kompetenzstufen (Vergleichsarbeiten)	(Leistungsverbesserung)
• Anzahl zertifizierter Bildungseinrichtungen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung	+15 Einr.,+20 Angebote/a
• Teilnahmequote an kursbezogener Weiterbildung im Vergleich zum Bund	Erhöhung
• Entwicklung der CO2-Emissionen nach Sektoren	- 15 % bis 2010 (ggü 1990)
• Rohstoffproduktivität (BIP in Euro / Rohstoffverbrauch Menge)	Erhöhung
Zusammen Leben	
• Wahlbeteiligung; Anteil Erstwähler (Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen)	L/K: Erhöhung auf B-Niveau
• Zahl der eingetragenen Vereine	Erhöhung
• Wanderungsbewegung der Haushalte in räumlicher Einheit und Fortzüge ins Umland	Ausgleich Fort- u. Zuzüge

- Bevölkerungsentwicklung: Bilanz nach Alter und Anzahl für definierte Region (konstante Bev.-Entwicklung)
- Anzahl lebend geborener Kinder in S-H Steigerung
- Anteil von Familien mit Kindern unter 18 J., die ALG II oder laufende HzL beziehen Rückgang
- Anzahl der kulturellen Einrichtungen und ihrer Besucher – zu Einwohnerzahl (optimale Auslastung)
- Anzahl Medien und Ausleihen in öffentlichen Büchereien auf 1000 Einwohner Bestand halten; Entleihen steigern
- Anzahl Todesfälle männlich / weiblich von unter 65-Jährigen Rückgang
- Anteil adipöser Kinder bei Schuleingangsuntersuchung Senkung
- Anteile der ausländischen Schulabgänger mit und ohne Abschluss Senkung Abbrecherquote
- Anteil erfüllter Verpflichtungen nach der Europ.Sprachencharta (Minderheiten) Erhöhung
- Anzahl der Straftaten je 1000 Einwohner Verringerung Zahl u. Anteil Gewalttaten
- Anzahl Partnerschaften von Gebietskörperschaften und Schulen mit Ausland

Das Land nutzen

- Zunahme Siedlungs- u. Verkehrsfläche; Anzahl unzerschnittener Räume, entsiegelte und recycelte Flächen in ha. Rückführung
- Anteil der Landesfläche mit rechtlicher Sicherung für Naturschutz-Zwecke 15 % bis 2012
- Anzahl von Exemplaren und Brutpaaren ausgewählter Leittierarten (natürliche Populationen)
- Anzahl von Foren des Küstenzonen Managements (IKZM) flächendeckende Anzahl
- Kg Nährstoff (Stickstoff, Phosphat, Kali) pro ha Landwirtschaftliche Nutzfläche -
- Anzahl /Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe mit zusätzlichen Einkommensquellen Erhöhung
- Anzahl anerkannter Naturerlebnisräume 60 bis 2020
- Personenkilometer im ÖPNV (Anzahl beförderter Personen x mittlerer Reiseweite) Steigerung
- Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien am Stromverbrauch 50 % bis 2010

3.4 Berlin

Die Agenda 21 Berlin hat die unter 1.4 genannten Handlungsfelder jeweils in Teilbereiche untergliedert, für die „Handlungszielen“ formuliert werden, die als Indikatoren mit quantitativen Zielwerten verstanden werden.

Ziel 2030 (siehe u.3.)

Soziales Leben

Gleichwertige Lebensbedingungen / Chancengleichheit

- Armutsquote – Allgemein / Frauen, Alleinerziehende <10 % / nicht > Durchschn.

• Anteil überschuldeter Haushalte	<i>nicht > 5 %</i>
Gesundheit	
• Anteil der Kinder, die an U1-U9 teilgenommen haben	<i>>90 %</i>
• Anzahl Todesfälle wegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen	<i>- 30 %</i>
• Anzahl Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten	<i>- 75 %</i>
Erfolgreiche Migration	
• Anteil der Migrantenkinder mit pos. Deutsch-Eingangstest	<i>100 %</i>
• Anteil der Migrantenkinder mit Berufsausbildung / Abitur	<i>= Berl. Durchschnitt</i>
Sicherheit	
• Anzahl Straftaten; insbesondere Gewalttaten	<i>- 30%; - 50 %</i>
• Anteil von Menschen, die sich unsicher fühlen	<i>- 30 %</i>
• Anteil angezeigter Fälle häuslicher Gewalt	<i>90 %</i>
Engagement und Partizipation	
Bürger-Engagement	
• Anteil der Bevölkerung, die ehrenamtliche tätig ist	<i>1/3 der Bev.</i>
• Anteil der Bezirke mit Freiwilligenagenturen	<i>100 %</i>
Teilhabe und Mitentscheiden	
• Anzahl öffentlicher Beteiligungsverfahren (ohne Bauleitplanung)	<i>+50 %</i>
• Anzahl offizieller Beteiligungsgremien (Bürgerforen u.ä.)	<i>+50 %</i>
Verkehr / Mobilität	
• Anzahl der Verkehrsunfälle (Tote, Verletzte)	<i>-20 % (-40 %)</i>
• Verkehrsbedingte Klimagas-Emissionen (t/a)	<i>- 25 % ggü 1990</i>
• Verkehrsbedingte Luftschadstoffe (Benzol, Stickstoffdioxid, Feinstaub, Kohlenmonoxid)	<i>bis 2015 < EU-Grenzwerte</i>
• Anteil Wohngebiete, die Lärmgrenzwerte einhalten	<i>100 %</i>
• Zunahme Siedlungs- und Verkehrsfläche	<i>0, reines Flächenrecycling</i>
• Modal Split	<i>66 % Umweltverbund, 33 % unmotoris. V.</i>
• Anteil Fahrradverkehr am Verkehrsaufkommen	<i>+ 15 %</i>
Berlin in märkischer Landschaft	
Regionalparks	
• Anteil der Bevölkerung, der Begriff „Regionalpark“ kennt und mehrere benennen kann	<i>50 %</i>
Stadtgüter	
• Anteil Fläche mit ökologischem Landbau	<i>30 %</i>
• Anzahl der Stadtgüter, die für Umweltbildung genutzt werden	<i>mehrere</i>
Regionale Ernährungswirtschaft	
• Anteil der in öffentlichen Einrichtungen angebotenen Bio-Nahrungsmittel (EG-Biosiegel)	<i>30 %</i>
• Biokost-Kampagne (Vorhandensein)	<i>ja</i>
Begrenzung Flächenverbrauch	
• Flächenverbrauch pro Tag	<i>bis 2020: 25% des Durchschn. 1990-95</i>
• Saldo Flächenversiegelung / -entsiegelung	<i>0</i>
Grünflächen, Kleingärten	
• Ortsteile, die Richtwerte (6 bzw. 7 m ² / Einw.) für Grünfläche nicht einhalten	<i>bis 2015: +10% Grünfläche</i>
• Anteil der Schutzflächen an Landesfläche	<i>20 %</i>

• Wartezeit auf einen Kleingarten	<i>< 1 Jahr</i>
Oberflächenwasser	
• Erreichung der Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie	<i>100 %</i>
Energie und Klima	
• CO2-Emissionen, gesamt und nach Sektoren	<i>- 50 %</i>
• Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergie- und am Stromverbrauch	<i>- 20 % - 35 %</i>
• m2 Sonnenkollektorfläche	<i>0,18 m2 / Einw.</i>
• MW Photovoltaik	<i>0,7 m2 / Einw.</i>
• Anteil Heizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung	<i>50 %</i>
• Nutzung von nichtzertifiziertem Tropenholz	<i>0</i>
Wirtschaften und Arbeit	
Qualitatives Wachstum	
• Ressourcenproduktivität	<i>mal 4</i>
• Anteil der Erwerbstätigen unter der Armutsgrenze	<i>0 %</i>
• Anzahl Fälle von Berufskrankheiten	<i>- 25 %</i>
Regionale Wirtschaftskreisläufe	
• Anzahl der Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben (KMU)	<i>+ 20 %</i>
• Anteil in Berlin konsumierter Lebensmittel aus der Region	<i>1/3</i>
Wissenschafts- und Bildungsstandort	
• Anteil eines Jahrgangs mit erfolgreichem Hochschulabschluss	<i>40 %</i>
• Anteil eines Jahrgangs mit qualifiziertem Ausbildungsabschluss	<i>60 %</i>
Arbeitsverteilung	
• Anteil der Erfolgreichen von allen Teilzeitstellen-Suchenden	<i>100 %</i>
Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit	
• Anteil der länger als 18 Mon. Arbeitslosen, die Stelle mit Aufwandsentschädigung im öffentlichen Sektor erhalten haben	<i>100 %</i>
• Anteil der länger als 18 Mon. Arbeitslosen, die gezielt auf Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten hingewiesen wurden.	<i>100 %</i>
Verbraucherverhalten	
• Anteil der Haushalts-, Unterhaltungs- und Multimedia-Elektro- geräte mit niedrigster Energieverbrauchsklasse	<i>80 %</i>
• Nutzung von Einrichtungen, die neutral über ökologische und ökonomische Haushaltsführung beraten (Besuche)	<i>+50 %</i>
• Anteil verkaufter Lebensmittel aus fairem Handel	<i>+15 %</i>
Gestaltung der Informationsgesellschaft	
• Anteil der Bevölkerung mit fußläufigem Zugang zu einem Internetanschluss	<i>90 %</i>
Bildung für die Zukunft	
Neuer Stellenwert	
• Abschneiden Berlins in internat. Bildungsleistungsvergleichen	<i>über Durchschn.</i>
• Anteil der Kinder mit ausreichend Deutsch bei Einschulung	<i>100 %</i>
• Anteil der Kinder mit anerkanntem Schulabschluss	<i>100 %</i>
• Anteil der Kinder mit Hochschulzugangsabschluss	<i>66 %</i>
• Anteil lernbedingter Klassenwiederholungen	<i>0 %</i>
Zusätzliche Bildungsinhalte	
Weiterentwicklung der Institutionen	

- Anteil der Grund- und allgemeinbildenden Schulen in Ganztagsform 100 %
- Anteil der Kitas und Schulen, die sich ihrer Nachbarschaft öffnen 100 %
- Anzahl der Angebote der Volkshochschule *beibehalten*
- (Ausgabenquote für Bildung am Gesamthaushalt – Maßnahme)

3.5 Hamburg

3.5.1 Monitor Wachsende Stadt Kap.4

Der Monitor wachsende Stadt Bericht 2008 enthält zu den unter 1.6.1 vorgestellten 14 Zielen jeweils ein oder mehrere quantitative Indikatoren, insgesamt ca.35:

Grüne Metropole am Wasser

- Naturschutzflächen (inkl. Landschaftsschutz, Vertragsnaturschutz) in ha und in % der Landesfläche
- Erholungsflächen in ha und in % der Siedlungs- und Verkehrsfläche

Flächenbereitstellung

- Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Landesfläche
- Bevölkerungsdichte (Einw./km²) Hamburg im Großstadtvergleich
- Kurzfristig verfügbare Wohnbauflächen (mit Baurecht) in ha pro Jahr
- Kurzfristig verfügbare Gewerbebauflächen
- Durch Wirtschaftsförderung vergebene Gewerbe- und Industriegrundstücke in ha
- Bereitgestellte Konversions- und Altlastflächen in ha / Jahr

Wirtschaftswachstum möglichst ohne Klimagase

- CO₂-Emissionen nach Emittentengruppen (Verursacherbilanz)
- CO₂-Emissionen je Einwohner im Bundesvergleich (Verursacherbilanz)
- Energiebedingte CO₂-Emissionen nach Verbrauchssektoren (Quellenbilanz)
- Anzahl öffentlich geförderter energetisch sanierter Wohneinheiten und CO₂-Einsparung in t/a

Nachhaltige Mobilität

- Index Kfz-Verkehr auf Autobahnen und Stadtstraßen und Fahrradnutzung (Zählung)
- ÖPNV-Fahrgäste des HVV, Anzahl und je Einwohner

Arbeitslosigkeit

- Arbeitslosenquote Hamburg und im Großstadtvergleich
- Quote der ALG II-Empfänger im Großstadt- und Bundesvergleich

- Leistungsempfänger SGB II je 1000 Einwohner im Großstadt- und Bundesvergleich
- Jugendarbeitslosenquote im Großstadt- und Bundesvergleich

Bildungsniveau

- Anteil Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss – im Großstadtvergleich
- Anteil Schulabgänger/-innen mit (Fach-)Abitur - Bundes- und Großstadtvergleich

Integration junger Migrantinnen / Migranten

- Anteil ausländischer Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss – im Großstadtvergleich
- Anteil ausländischer Jugendlicher in dualer Ausbildung / in allg.bildenden Schulen – im Großstadtvergleich

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- Versorgungsgrad der Kindertagesbetreuung Krippe, Kita (ganz-/halbtags) und Hort
- Stichtagsvergleich Versorgungsgrade HH / Bund / Großstädte

Gleichstellung von Frauen

- Frauenerwerbsquote mit Bundesvergleich
- Erwerbsquote von Frauen mit Kindern <15 J. mit Bundesvergleich
- Erwerbsquote von Frauen ohne Kindern mit Bundesvergleich
- Anteil Frauen in Führungspositionen mit Bundes- und Großstadtvergleich

Öffentliche Sicherheit

- Fälle Straßekriminalität pro 100.000 Einwohner mit Großstadtvergleich

Nachhaltiges Wirtschaften

- Anzahl Unternehmen in der UmweltPartnerschaft

Ressourcen-Effizienz

- Index Energieproduktivität (BIP / Primärenergieverbrauch)

Regenerative Energien

- Energieverbrauch und aus erneuerbaren Energien (Tera Joule und Anteil an Primärenergieverbrauch)
- Marktentwicklung ausgewählter erneuerbarer Energien (geförderte Energieerzeugung) in Tera Joule

Öffentliche Schulden

- Nettokreditaufnahme in Mio Euro
- Nettokreditaufnahme – Veränderung zum Vorjahr

3.5.2 HEINZ 2008

	<i>Zielwerte (siehe u 4.)</i>	
	<i>2020</i>	<i>2050 (Nachh.)</i>
Wirtschaft		
• Arbeitslosenquote in %	3 %	<3 %
• Verbraucherpreisindex in Deutschland (2000=100)	121	(+1 %/ J.)

• Finanzierungsdefizit in %	0 %	0 %
• Zins / Steuer-Quote in %	10 %	0 %
• Anteil importierter zu inländisch erzeugten Äpfeln	80 %	99 %
• Anteil Transfair-Kaffee an Kaffeeabsatz (Budnikowsky)	20 %	100 %
• Anzahl Unternehmen in UmweltPartnerschaft und mit EMAS, Ökoprofit	10 %	100 %

Umwelt

• Siedlungsabfälle nach Sorten kg/Einw.	260 kg	1 kg
• Anzahl Tage mit erhöhter Ozonbelastung Benzol- und Partikelbelastung im Jahresdurchschnitt in µg / m ³ Luft	2,3 / 15	0
• Siedlungs- und Verkehrsfläche in ha	<i>status quo 2004</i>	+0
• Wasserverbrauch in l / Einw. / Tag	107 l	< 110 l
• Anteil Zustand / Potential nach EG-WasserRR	100 %	100 %
• CO ₂ -Emissionen nach Emittenten in t/Einw./Jahr	6,5 t	1 t
• Anteil der Natura-2000-Gebiete an Landesfläche		
• Fläche mit Dauerpegel Fluglärm > 62 dB(A)	2,6 km ²	0 km ²
• CO ₂ -Emissionen des Verkehrs in t/Einw./Jahr	1,7 t	0,3 t
• Anteil des Strom aus erneuerbaren Energie		

Soziales

• Empfänger von Sozialleistung (ALG II, Soz.Hilfe, Asylbew.Leistung) pro 1000 Einw.	30	0
• Anteil Schulabbrecher ohne Abschluss	1 %	< 1 %
• Anzahl Verstorbene unter 65 Jahren pro 100.000 Einw.	100	ca.0
• Anzahl Straftaten (Gewalt, Diebstahl,übrige) /1000 Einw.	100	ca.0
• Verhältnis der Arbeits- und der Sozialhilfequoten der 10 reichsten zu den 10 ärmsten Stadtteilen	2 / 6	2 / 2
• Anteil ausländischer Schulabbrecher ohne Abschluss	4 %	< 1 %
• Bruttoverdienste von Männern und Frauen (Quotient (Abgelehnte Anträge auf geförderte Kinderbetreuung)	1	1
• Quotient Unter 18-Jährige zu über 65-Jährige	1	1

Politische Mitwirkung

• gersch.-Wahlen, alle / 18-25-J.	66 %	Wahlbeteiligung Bür-
-----------------------------------	------	----------------------

3.6 Fazit

Im Hinblick auf die umfassende Nachhaltigkeitsvision nach dem 3 Säulen-Konzept (oben I.) kann die Auswahl der Indikatoren in mehrfacher Hinsicht immer nur selektiv sein. Weder bilden alle Themen und Unterziele zuverlässig die gesamte Realität ab, deren nachhaltige Entwicklung angestrebt wird. Noch kann – pro Unterziel - eine einzelne quantitative Kenngröße die jeweils geforderte Balance zwischen wirtschaftlicher Stabilität, ökologischer Tragfähigkeit und sozialem Ausgleich ausdrücken. Die sehr unterschiedliche Anzahl der Indikatoren (EU:26 -nur die quantifizierbaren-; Dt'land: 21; S-H: 39; Berlin: 61; HH-Monitor: 35, HH-HEINZ: 24) ist deswegen nicht erstaunlich. Die dargestellten Indikatorenkataloge unterschei-

den sich deutlich, zum Teil analog zu den Zielen / Schwerpunktthemen, deren Erreichung bzw. Entwicklung sie messen sollen. Hochaggregierte Indikatoren, die – oft als Indizes – aus verschiedenen Elementen bestehen, stehen Beispiels-Indikatoren gegenüber, die die Zielerreichung nur in einem bestimmten Aspekt messen.

Zu fordern ist, dass die Indikatoren die für Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit wichtigen Ziele und Politikfelder abdecken. Sonst besteht die Gefahr, dass die bewusste Nachhaltigkeitsförderung eines Bereichs unkontrolliert und unerkannt zu Nachhaltigkeitsdefiziten in anderen Bereichen führt. Auch ist wichtig, dass die Indikatoren wirklich Nachhaltigkeit messen, insoweit also richtungssicher sind, und nicht zugleich gegenläufige Tendenzen mit umfassen.

Soweit ersichtlich, erfüllt keiner der Indikatorenkataloge beide Anforderungen (Flächendeckung / Richtungssicherheit) zuverlässig. Es bleibt immer eine subjektive Auswahl und eine subjektiv-wertende Gesamtbetrachtung, die von einzelnen Indikatoren auf Nachhaltigkeit insgesamt schließt. Zwar taucht eine Reihe von Indikatoren in mehreren Katalogen auf, insgesamt zeigen Vielfalt, unterschiedliche Ausrichtung und „Tiefenschärfe“ der Indikatorensets deutlich, dass Nachhaltigkeit keine mathematisch zu errechnende Größe ist. Auch quantitative Indikatoren sollten nicht suggerieren, man könne auf Wertungen bei der Feststellung von Nachhaltigkeit oder Nicht-Nachhaltigkeit verzichten.

4 Quantitative Zielwerte (Nachhaltigkeitsziele, Etappenziele)

Die quantitativen Indikatoren sind über den Zeitverlauf mit den jeweils aktuellsten statistischen Daten zu „füllen“. Dadurch wird die tatsächliche Entwicklung erkennbar. Ob diese Entwicklung aber die (operationalisierten) Ziele erreicht und damit Nachhaltigkeit verwirklicht, ist damit noch nicht gesagt – selbst wenn die Entwicklung „in die richtige Richtung“ geht. Erforderlich ist vielmehr zusätzlich eine Vorstellung davon, welche Zielwerte erreicht werden müssen, um von einer nachhaltigen Entwicklung sprechen zu können, sowie eine Entscheidung darüber, bis wann die Zielwerte erreicht werden sollen. Davon lassen sich dann für eine Zwischenzeit quantitative „Etappenziele“ ableiten, mit denen die tatsächlichen statistischen Werte verglichen werden können. Nur wenn diese Etappenwerte erreicht werden (können), ist die tatsächliche Entwicklung nicht nur hinsichtlich ihres Trends, sondern auch hinsichtlich ihres Niveaus nachhaltig.

Die Zielwerte für die verschiedenen Indikatorenkataloge sind oben unter 3. (Indikatoren) der rechten Spalte zu entnehmen.

4.1 Europäische Union

Bei welchen Zielwerten Nachhaltigkeit erreicht ist, sagt die europäische Nachhaltigkeitsstrategie nicht. Sie hat aber für einige politisch diskutierte und entschiedene Indikatoren Zielwerte angegeben, die in den nächsten Jahren erreicht werden sollen. Die Fristen differieren zwischen 2007 und 2015, zumeist ist 2010 der Zeithorizont. Die Zielmarken orientieren sich nicht an einem formulierten Nachhaltigkeits-Zustand, sondern sind ein politischer Kompromiss zwischen den EU-Mitgliedsstaaten.

4.2 Deutschland

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie zeichnet sich dadurch aus, dass sie sich um klare Zielwerte für die Jahre 2010 und 2020 bemüht. In der Fortschreibung werden auch einzelne Werte für 2015 genannt. Aber auch diese Zielwerte sind – wie bei der EU-Strategie – keine abgeleiteten, sondern ebenfalls politische Werte, deren Erreichung für möglich gehalten wird. Ob sie auch im Niveau ausreichen, Nachhaltigkeit in absehbarer Zeit zu verwirklichen, bleibt offen.

4.3 Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein werden nur wenige Indikatoren mit festen Zielwerten und Erreichungsfristen verbunden; wo dies geschieht, ist der Zeithorizont eher kurzfristig (2010). Im Übrigen begnügt sich die Strategie zumeist mit Richtungsanzeigen („Stärkung, Verminderung, Erhöhung“ usw.), was über das erreichte Nachhaltigkeits-Niveau nichts aussagt. Werden diese unbestimmten Ziele – wie häufig – auch noch ohne eine Erreichungsfrist genannt, bleibt ihr Nutzen für eine Nachhaltigkeitsstrategie gering.

4.4 Berlin

Mit den „Qualitätszielen“ beschreibt die Agenda 21 den anzustrebenden Nachhaltigkeitszustand, ohne hierfür feste Indikatorenwerte oder eine Zielerreichungsfrist zu nennen. Für die Etappe auf dem Weg dorthin wird ein Zeithorizont bis 2030 festgelegt. Für diesen Zeitpunkt bestimmt die Agenda 21 für jedes „Handlungsziel“ (=Indikator), um wieviel Prozent der status quo sich bis dahin verändert (vergrößert, vermindert) haben soll. Es werden also keine festen Werte in verschiedenen Einheiten (Tonnen, Anteil, m² usw.) angegeben, sondern für alle Indikatoren Veränderungswerte in derselben Einheit (%). Näher begründet werden diese konkreten Änderungsziele nicht.

4.5 Hamburg

Der Monitor Wachsende Stadt gibt weder Zielwerte an, die bei Erreichung einen Zustand der Nachhaltigkeit bedeuten würden, noch Etappenziele mit konkreten Zielen und Fristen. Allenfalls die gewünschte Richtung der weiteren Entwicklung (Verstärkung, Verminderung usw.) wird angegeben.

Die Hamburger Entwicklungs-Indikatoren Zukunftsfähigkeit (HEINZ) benennen dagegen sowohl konkrete Zielwerte, die für die Erreichung eines nachhaltigen Zustandes stehen – mit der Zeitperspektive 2050 -, als auch Etappenziele für 2020 mit konkreten quantifizierten Zielwerten. Letztere sind aus den Zielwerten für 2050 abgeleitet. Anders als in Berlin werden die Etappenziele als absolute Größen in den jeweiligen Einheiten der Indikatoren beschrieben.

4.6 Fazit

Die EU, Schleswig-Holstein und Hamburg / Monitor verzichten fast ganz auf konkrete Zielwerte. Die anderen Nachhaltigkeitsstrategien leiten ihre Zielwerte nicht aus einem bezifferten „Nachhaltigkeitszustand“ ab. Sie geben das ferne Nachhaltigkeitsziel – wenn überhaupt - eher qualitativ als quantitativ an und wählen – mehr oder weniger ehrgeizige – politisch durchsetzbar erscheinende Zielwerte. Diese realpolitisch motivierten Etappenziele sagen jedoch nichts aus über das Nachhaltigkeits-Niveau der gemessenen Realität: Wie weit ist eine aktuelle Kennzahl – z.B. eine gegenüber dem Vorjahr stark verbesserte Luftqualität – noch vom Nachhaltigkeitsziel entfernt? Auch wenn die mathematisch-analytische Methode von HEINZ auf sehr diskussionswürdigen Fernzielwerten beruht, bedarf es für ein sinnvolles

Monitoring doch immer einer Bewertung sowohl des Entwicklungstrends (in Richtung Nachhaltigkeit oder nicht) als auch des erreichten Nachhaltigkeitsniveaus (reicht die bisherige Entwicklung für eine Verwirklichung eines nachhaltigen Zustandes im Jahre x aus ?).

Die Methode Berlins, alle Indikatoren auf dieselbe Einheit „Veränderungsrate“ zu orientieren, erlaubt es grundsätzlich, als Mittelwert die „Geschwindigkeit“ der Gesamtentwicklung zu errechnen. Für einen komplexen Gesamt-Nachhaltigkeits-Index müsste der jeweilige Fernzielwert (als 100 %) festgelegt und dann jeweils der Erreichungsgrad (in %) pro Indikator errechnet und über alle – „Gleichwertigkeit“ vorausgesetzt – gemittelt werden.

5 Umsetzungsmaßnahmen zur Zielerreichung

Eine Nachhaltigkeitsstrategie kann sich nicht mit der Beschreibung von Zielen und Indikatoren zur Messung der Zielerreichung begnügen. Vielmehr muss sie auch konkrete Maßnahmen benennen, mit deren Hilfe die Ziele erreicht werden sollen.

5.1 Europäische Union

Zu jedem der unter 2.1 dargestellten „zentralen Herausforderungen“ werden zwischen 6 und 9 „unter anderem zu ergreifende Maßnahmen“ aufgelistet – insgesamt 52. Akteure sind entweder die Mitgliedsstaaten, die Kommission oder beide. Die Maßnahmen werden zum Teil sehr allgemein und wenig verbindlich („sollten“) beschrieben. Dies entspricht den zumeist qualitativen Zielsetzungen. Im Fortschrittsbericht 2007 zur Nachhaltigkeitsstrategie werden aus der Analyse heraus weitere Maßnahmen – hier zuweilen konkreter – abgeleitet.

5.2 Deutschland

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie legt unabhängig von den einzelnen Indikatoren und deren Zielwerten Schwerpunktthemen fest (s.o. 2.2), von denen drei (Klima / Energie; Mobilität; gesunde Produktion) ausführlich ausgearbeitet werden. Dazu gehören auch „Maßnahmen und Instrumente zur Zielerreichung“. Pilotprojekte zu einzelnen Teilbereichen werden vorgestellt, Akteure benannt. Im Bereich der Mobilität werden Maßnahmen, Instrumente und Akteure (Bund, Länder, Kommunen / Andere Akteure, insb. private Wirtschaft) zu sechs Aktionsfeldern beschrieben. Die vielen angesprochenen Maßnahmen sind unterschiedlich stark konkretisiert. Die Maßnahmen und Instrumente zu den anderen Schwerpunktthemen werden meist weniger systematisch und konkret benannt.

Der Fortschrittsbericht von 2008 enthält vor allem bereits initiierte, abgeschlossene oder bereits beschlossene politische Maßnahmen zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele.

5.3 Schleswig-Holstein

Auch in Schleswig-Holstein werden die Maßnahmen und Projekte nicht an den 39 Indikatoren und den zugrunde liegenden Zielen orientiert, sondern an den „Zukunftsfeldern“ (s.o.2.3). In der Darstellung dieser Themenbereiche dominiert der Nachvollzug des meist aufwändigen Dialogprozesses. In den Unterabschnitten „Inhaltliche Ergebnisse“ und „Ausblick“ werden häufig die aus dem Diskussionsprozess heraus geforderten bzw. empfohlenen Maßnahmen formuliert. Darüber hinaus enthält das Kapitel „Die Strategieentwicklung (3.Phase)“, welches die Konsequenzen der Regierung aus dem Dialogprozess beschreibt, eine Zusammenstellung von „Aktivitäten und Maßnahmen in den Zukunftsfeldern“. Hier geht es um konkret geplante Projekte der einzelnen Ministerien.

Ein (lockerer) Bezug zu den einzelnen Indikatoren wird dadurch hergestellt, dass dort das betroffene Zukunftsfeld und das jeweils zuständige Ministerium benannt werden.

5.4 Berlin

Die ‚Agenda 21 von Berlin integriert die Maßnahmen in die geschlossene Gesamtsystematik. Danach untergliedern sich die 7 Handlungsfelder in insgesamt 17 „Teilbereiche“, für die jeweils Qualitätsziele (Nachhaltigkeitsziele), Handlungsziele (Indikatoren) und insgesamt über 160 „Maßnahmen“ aufgelistet werden. Diese Berichtsstruktur übernimmt die Agenda 21 von dem Entwurf des Agendaforums. Die Aufzählung in der Agenda 21 ist jeweils sehr kurz, Projekte werden nicht näher ausgeführt; der Konkretisierungsgrad der Maßnahmen ist unterschiedlich. Im Entwurf des Agendaforums sind die Maßnahmen – besonders im Bereich Mobilität – zum Teil ausdifferenziert und in einzelnen Projekten konkretisiert.

5.5 Hamburg

Weder der Monitor Wachsende Stadt noch HEINZ benennen Maßnahmen zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen. Beide Konzepte stellen nur anhand von Indikatoren die tatsächlich verlaufene Entwicklung dar, HEINZ gibt darüber hinaus Fern- und Etappenziele vor. Diese Beschränkung zeigt, dass beide Konzepte nur Teile einer Nachhaltigkeitsstrategie sein können, aber selbst keine sind.

5.6 Fazit

Die vorgeschlagenen / angekündigten Umsetzungsmaßnahmen beziehen sich zunächst immer auf die eigenen Kompetenzen. Dabei sind allerdings bei den übergeordneten Einheiten (EU, Deutschland) notwendigerweise auch die untergeordneten Einheiten (Mitgliedsstaaten, Bundesländer, Kommunen) mit umfasst, ohne dass deren Umsetzungsmaßnahmen als Beitrag zur nationalen / europäischen Nachhaltigkeitsstrategie garantiert werden können.

Auffällig ist, dass die nationale Strategie sowie die Schleswig-Holsteins die Umsetzungsmaßnahmen unabhängig von den ausformulierten Indikatoren und Zielwerten entwickeln, während die EU und Berlin beides im Bereich der einzelnen Handlungsfelder zusammen führen. Die Methode der Bundesregierung und Schleswig-Holsteins, Umsetzungsmaßnahmen von den Indikatoren und deren Bezugszielen abzukoppeln, ermöglicht einerseits ein flächendeckendes Nachhaltigkeitsmonitoring, andererseits aber eine Beschränkung der Politik auf besonders wichtige Schwerpunkte.

6. Evaluierung; Fortschrittsberichte

Eine Nachhaltigkeitsstrategie erfordert nicht nur einen strukturierten Erarbeitungsprozess, sondern bedarf angesichts des Ziels, Zukunftsfähigkeit sicher zu stellen, auch eines systematischen Monitorings durch die Zeit: Wie haben sich die Daten der Indikatoren in bestimmten Zeitabständen tatsächlich entwickelt? Sind die Ziele erreicht oder verfehlt worden? Wurden die in Aussicht genommenen Maßnahmen umgesetzt; haben sie die Daten erwartungsgemäß beeinflusst? Die verglichenen Nachhaltigkeitsstrategien werden danach befragt, ob sie eine solche Evaluierung vorsehen und ob sie stattgefunden hat.

6.1 Europäische Union

Die EU-Strategie von 2006 legt ausdrücklich fest, dass die EU-Kommission alle 2 Jahre (erstmalig im September 2007) einen Fortschrittsbericht über die Durchführung der Strategie in der EU und in den Mitgliedsstaaten vorlegt. Der erste Fortschrittsbericht 2007 fiel verhältnismäßig kurz aus (15 Seiten), gibt aber doch ein materialreiches Bild über die Entwicklung in der EU. Er orientiert sich eng an Gliederung und Themen der Nachhaltigkeitsstrategie. Der Bericht widersteht der Versuchung, politische Erfolgsbilanzen zu verkünden, sondern zeichnet sich durch einen sachlichen, „ehrlichen“ Stil aus.

6.2 Deutschland

Auch die nationale Nachhaltigkeitsstrategie sieht eine systematische Erfolgskontrolle vor: „Die Bundesregierung wird erstmalig im Frühjahr 2004 und danach regelmäßig alle zwei Jahre einen Bericht zur Umsetzung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vorlegen“. Tatsächlich wurden 2004 und 2008 (nicht aber 2006) Fortschrittsberichte vorgelegt. In Zukunft soll es einen Fortschrittsbericht nur einmal in einer Legislaturperiode geben. Er wird aber ergänzt durch einen zweijährlich erscheinenden Indikatorenbericht des Statistischen Bundesamtes.

Der Fortschrittsbericht von 2008 geht in seinem Umfang über die Strategie selbst weit hinaus und ist auch qualitativ anspruchsvoll. Er dokumentiert einerseits die Indikatorenentwicklung und stellt andererseits den neuesten Stand bei den Schwerpunktthemen vor. In Gliederung und angesprochenen Themen entspricht der Fortschrittsberichts nicht durchgängig der Systematik der Strategie von 2002. Er bezieht neue Fragestellungen mit ein und überprüft und modifiziert auch den Indikatorenkatalog. Interessant ist der Versuch, die Entwicklung der Indikatoren durch 4 Wetter-Symbole zu kennzeichnen: 12 bekamen eine Sonne, 4 ein Sonnen-Wolken-Mix, 12 ein Wolkensymbol und 7 ein Unwetter-Zeichen.

Der Nachhaltigkeitsrat der Bundesregierung hat den Indikatorenbericht 2008 intensiv kommentiert und vergab 19 mal eine rote Ampel, 3mal eine gelbe und 10mal eine grüne.

Sowohl der Fortschrittsbericht der Bundesregierung als auch der Kommentar des Nachhaltigkeitsrats zeigen auf, dass die Bereitschaft der Bundesländer, ihre eigene Planung in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie zu integrieren, noch nicht sehr groß ist.

6.3 Schleswig-Holstein

Die Landesregierung verpflichtete sich in der Nachhaltigkeitsstrategie von 2004, „erstmalig im Jahr 2006 und dann fortlaufend ein Mal pro Legislaturperiode einen Bericht zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie vorzulegen“. Diese Zusage wurde bisher nicht eingehalten. Im April 2009 lud das Kieler Umwelt- und Landwirtschaftsministerium zu einer Nachhaltigkeitskonferenz „Wir machen Zukunft“ ein. Eine Erfolgskontrolle der Nachhaltigkeitsstrategie ist (öffentlich zugänglich) nicht dokumentiert.

6.4 Berlin

Gute Vorsätze zur Evaluierung enthält auch die Agenda 21 Berlin von 2006: „Der aktuelle Stand der in den Handlungszielen enthaltenen Indikatoren wird zweijährlich dokumentiert und veröffentlicht. In mindestens fünfjährigen Abständen, jeweils zur Mitte einer Legislaturperiode, soll der Senat über die Umsetzung der Maßnahmen, Hemmnisse und geplanten Maßnahmen berichten, erstmalig bis zum 30.06.2009.“ Auch dies wurde bislang nicht eingehalten. Erst zum 30.Juni 2009 kündigte der Berliner Senat eine erstmalige Berichterstattung zur Umsetzung der Agenda 21 an. Der angestoßene Partizipationsprozess setzte sich allerdings fort („Berlin 21“) und wird zum genannten Datum eine eigene Auswertung der Leitprojekte und Zielerreichung vorlegen.

6.5 Hamburg

Sowohl der Monitor Wachsende Stadt als auch HEINZ haben die Entwicklung der Indikatoren jeweils jährlich dokumentiert und veröffentlicht - der Monitor zuletzt 2007, HEINZ zuletzt 2008. Nach Bildung eines neuen (schwarz-grünen) Senats wird der Monitor umgestaltet werden in einen Monitor „Wachsen mit Weitsicht“. Dies wird nicht vor 2010 gelingen. Der Zukunftsrat Hamburg diskutiert fortlaufend Verbesserungen von HEINZ und beabsichtigt, seine Methode mit konkreten Fern- und Etappenzielen in die geplante Nachhaltigkeitsstrategie einzubringen.

6.6 Fazit

Während EU und Bundesregierung die Umsetzung ihrer Nachhaltigkeitsstrategien in befriedigender Weise evaluierten, ist dies den Bundesländern Schleswig-Holstein und Berlin nicht gelungen. Dort ist die Nachhaltigkeitsstrategie als entscheidendes staatlich-zivilgesellschaftliches Gemeinschaftsprojekt stecken geblieben. Die überzeugendsten Indikatorensysteme verlieren jedoch ihren Wert, wenn sie nicht kontinuierlich mit den jeweils neuen Jahresdaten aktualisiert und von der Politik und Verwaltung als Steuerungsinstrument genutzt werden. Voraussetzung ist allerdings, dass dies neutral und ohne Werbeabsichten geschieht. Die Entscheidung der Bundesregierung, die Indikatorenberichte dem unabhängigen Statistischen Bundesamt zu übertragen, ist deswegen eine gute Lösung.

Insgesamt bleibt die Frage nach dem Stellenwert der Nachhaltigkeitsstrategie gegenüber kurzfristigen und ganz anders motivierten politischen Tagesentscheidungen der Regierung. Dies gilt – trotz eines vorbildlichen Evaluierungskonzepts – auch für die Politik der Bundesregierung: Nur ausnahmsweise begründet oder rechtfertigt sie ihre Entscheidungen mit dem Hinweis auf die Nachhaltigkeitsstrategie.

III

Schlussfolgerungen für eine Hamburger Nachhaltigkeitsstrategie

Der Vergleich macht folgende Problembereiche deutlich, auf die auch eine Hamburger Nachhaltigkeitsstrategie besonders achten muss:

- Angesichts des umfassenden Anspruchs einer Nachhaltigkeitsstrategie einerseits, aber ihrer tatsächlich nur begrenzten Wirksamkeit in der Realität andererseits muss von Anfang an das **Verhältnis der Nachhaltigkeitsstrategie zu anderen Politikzielen** und –Strategien geklärt werden. Das gilt vor allem für ein Nebeneinander von verschiedenen politischen Leitbildern. Es muss von Beginn an der Stellenwert der Nachhaltigkeitsstrategie für die politische Planung und das staatliche Handlungsprogramm, also die Steuerungsfunktion festgelegt werden.
- Der staatlich-zivilgesellschaftliche **Dialogprozess** ist eine schwierige Aufgabe: Es ist ein Mittelweg zu finden zwischen zu einseitiger inhaltlicher wie verfahrensmäßiger Vorstrukturierung durch die Regierung einerseits und einer zu breiten und/oder un-

strukturierten Debatte, die ihr Ziel gefährdet, mit zumutbarem Aufwand ein gemeinsames tragfähiges Ergebnis zu erreichen andererseits. Die Organisation des Prozesses (bzw. der Prozesse) sollte deswegen einer professionellen Kommunikationsagentur übertragen werden. Die grobe „Marschrichtung“ – Orientierung an welchen Vorbildern, Kriterien für die Auswahl von Handlungsfeldern, der Zeitrahmen, der Umfang der Beteiligtenkreise – sollte in einem kleineren, aber gemischten Gremien (Senats- und Verbandsvertreter) vorab festgelegt werden.

- Die Frage, **welche Schwerpunkte**, Handlungsfelder, Oberziele eine Hamburger Nachhaltigkeitsstrategie bearbeiten soll, sollte so rational und nachvollziehbar wie möglich beantwortet werden. Hier sind Kriterien gefragt, die sich einerseits an den Stadt-spezifischen Themen, andererseits an der Zukunftsorientierung jeder Nachhaltigkeitsstrategie orientieren. Entscheidend ist aber auch eine Einigung über die Anzahl dieser Handlungsbereiche – soll eher flächendeckend (extensiv) oder eher selektiv-vertiefend (intensiv) gearbeitet werden ?
- Entsprechend den Strategien der Bundesregierung und Schleswig-Holsteins sollte aber auch im Falle einer restriktiven Schwerpunktsetzung ein **Gesamt-Monitoring** der Nachhaltigkeitsentwicklung anhand von **Indikatoren** durchgeführt werden. Ein Indikatorenbezug nur auf die Schwerpunkte birgt das Risiko, dass bei (positiven) Veränderungen in den Schwerpunkten auf anderen Gebieten (negative) Folgen nicht wahrgenommen werden. Eine Entkoppelung von Indikatoren und Schwerpunktthemen scheint deswegen sinnvoll.
- Ohne **Zielwerte und Fristen** ist ein Monitoring auch mit Hilfe von Indikatoren unzureichend. Dabei genügt die Festlegung von „real-politischen“ Zwischenzielen allein nicht. Es muss vielmehr eine Vorstellung darüber erarbeitet werden, welche quantitativen Messgrößen als heute erkennbarer Nachhaltigkeitszustand gelten können und welcher Zeithorizont zu ihrer Erreichung angemessen erscheint. Erst davon lassen sich Zwischenziele und Fristen ableiten.
- Die dargestellte Erfahrung zeigt, dass **Maßnahmen zur Zielerreichung** eher selektiv für Schwerpunktbereiche, dafür aber sehr konkret und verbindlich bestimmt werden sollten. Hier scheint ein bunter Strauß von zivilgesellschaftlichen Forderungen an die Regierung wenig hilfreich. Vielmehr kommt es auf eine selbstverpflichtende, finanziell und personell abgesicherte Entscheidung der staatlichen Seite an. Eine Übernahme von eigenen Verbindlichkeiten der beteiligten Verbände und Akteure dürfte dies fördern.
- Regelmäßige, gut strukturierte und möglichst von neutraler Seite erstellte **Fortschrittsberichte** sind unverzichtbare Elemente einer guten Nachhaltigkeitsstrategie. Wie Schleswig-Holstein und Berlin zeigen, müssen aber Vorkehrungen für eine größere Verbindlichkeit entsprechender Klauseln in dem Strategie-Dokument getroffen werden. Eine Differenzierung in kürzerfristige Indikatoren- und längerfristige Fortschrittsberichte sind plausibel.
- Zur Erhöhung der **Verbindlichkeit einer Nachhaltigkeitsstrategie** bietet sich eine für die Evaluierung und Fortentwicklung der Strategie federführende Einrichtung an, die aus zivilgesellschaftlichen Akteuren und Verwaltungsangehörigen besteht und

nicht an die Legislaturperiode gebunden ist. Aber auch ein fraktionsübergreifender parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung kann gegenüber der Regierungspolitik eine motivierende und mahnende Funktion ausüben. Schließlich wäre auch ein zwingender Nachhaltigkeits-Check bei jedem Gesetzentwurf (heute in Hamburg: Haushalts-, Klima- und Familien-Auswirkungen) ein hilfreiches Instrument. Es müsste auf wenige Kern-Fragen beschränkt werden.

Letztlich kann allerdings auch eine in aufwändigem Dialog beschlossene Nachhaltigkeitsstrategie die demokratische Wahllegitimation des Parlaments nicht außer Kraft setzen. Je „besser“ (transparenter, begründeter, realistischer usw.) die Nachhaltigkeitsstrategie, desto größer ist aber auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie in einer neuen Legislaturperiode auch bei anderen Mehrheitsverhältnissen fortgesetzt wird.

Mai 2009